

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
- Drucksache 16/3351 -

Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte ermöglichen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Markus Kurth, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- Drucksache 16/8053 -

Erwerbsarmut verhindern - Einkommen stärken - Wohngeld jetzt verbessern

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, das Wohngeldgesetz umgehend so zu ändern, dass die Kosten für Heizung und Warmwasser für wohngeldberechtigte Haushalte dauerhaft und noch in der Heizperiode 2006/2007 erstattungsfähig werden und die Nummern 1 und 2 in § 5 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes ersatzlos zu streichen, da sie die Kostenerstattung für Heizungs- und Warmwasserversorgung ausschließen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, eine Gesamtstrategie vorzulegen, die insbesondere die finanzielle Situation von Geringverdienern durch Mindestlöhne und progressiv gestaffelte Sozialabgaben verbessert und eine abgestimmte Erhöhung der Wohngeldleistungen sowie eine anteilige, gedeckelte Einbeziehung der Kosten für Heizung und Warmwasser unverzüglich vorzunehmen; bei der Überarbeitung der Novelle zum Wohngeldgesetz sicherzustellen, dass das Wohngeld als ein den Leistungen des SGB II vorgelagertes System aufgewertet und der Kreis der Berechtigten erweitert wird; sicherzustellen, dass moderne Wohnformen wie Wohngemeinschaften nicht mit Familien gleichgestellt werden, sofern es sich nicht um Einstands- oder Verantwortungsgemeinschaften handelt; zu berücksichtigen, dass die Beantragung von Wohngeld für die Antragsteller erleichtert wird sowie die Länder wieder hälftig an den Kosten für das Wohngeld zu beteiligen und darauf hinzuwirken, dass Einsparungen beim Wohngeld im Rahmen des „Vierten Gesetzes für moderne Dienst-

leistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) auf der Länderebene in vollem Umfang an die Kommunen weitergegeben werden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3351 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8053 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags

Zu Nummer 2

Annahme des Antrags

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

elektronische Vorab-Fassung*

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/3351 abzulehnen.
2. den Antrag auf Drucksache 16/8053 abzulehnen.

Berlin, den 23. April 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Sören Bartol
Berichtersteller

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht des Abgeordneten Sören Bartol

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3351** in seiner 70. Sitzung am 30. November 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Er hat den Antrag auf **Drucksache 16/8053** in seiner 151. Sitzung am 13. März 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu 1.

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, das Wohngeldgesetz umgehend so zu ändern, dass die Kosten für Heizung und Warmwasser für wohngeldberechtigte Haushalte dauerhaft und noch in der Heizperiode 2006/2007 erstattungsfähig werden und die Nummern 1 und 2 in § 5 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes ersatzlos zu streichen, da sie die Kostenerstattung für Heizungs- und Warmwasserversorgung ausschließen.

Zu 2.

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, eine Gesamtstrategie vorzulegen, die insbesondere die finanzielle Situation von Geringver-

dienern durch Mindestlöhne und progressiv gestaffelte Sozialabgaben verbessert und eine abgestimmte Erhöhung der Wohngeldleistungen sowie eine anteilige, gedeckelte Einbeziehung der Kosten für Heizung und Warmwasser unverzüglich vorzunehmen; bei der Überarbeitung der Novelle zum Wohngeldgesetz sicherzustellen, dass das Wohngeld als ein den Leistungen des SGB II vorgelagertes System aufgewertet und der Kreis der Berechtigten erweitert wird; sicherzustellen, dass moderne Wohnformen wie Wohngemeinschaften nicht mit Familien gleichgestellt werden, sofern es sich nicht um Einstands- oder Verantwortungsgemeinschaften handelt; zu berücksichtigen, dass die Beantragung von Wohngeld für die Antragsteller erleichtert wird sowie die Länder wieder hälftig an den Kosten für das Wohngeld zu beteiligen und darauf hinzuwirken, dass Einsparungen beim Wohngeld im Rahmen des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) auf der Länderebene in vollem Umfang an die Kommunen weitergegeben werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu 1.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/3351 in seiner 43. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/3351 in seiner 34. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 16/3351 in seiner 38. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/3351 in seiner 26. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Zu2.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8053 in seiner 90. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD

und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Anträge in seiner 61. Sitzung am 23. April 2008 beraten. Zusammen mit den beiden Anträgen hat der Ausschuss den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften (Drucksache 16/6543) sowie die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/5853 (Wohngeld- und Mietenbericht 2006) beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies in Bezug auf die beiden Anträge auf den von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD vorgelegten Änderungsantrag zu dem Ge-

setzentwurf auf Drucksache 16/6543 (Ausschussdrucksache 16(15)1202), welcher eine gelungene Reform des Wohngeldrechts beinhalte. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. fordere die vollständige Berücksichtigung der Heizkosten, was keinen Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie beinhalte. Ein vollständiger Verzicht auf eine gesamtschuldnerische Haftung von Haushaltsmitgliedern, wie er in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. gefordert werde, sei vor dem Hintergrund der Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens nicht vertretbar. Auch eine Auskunftspflicht der Haushaltsmitglieder sei zur Verhinderung von Missbrauch notwendig.

Die **Fraktion der SPD** verwies ebenfalls auf die Vorschläge der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD zur Änderung des Wohngeldrechts (**Ausschussdrucksache 16(15)1202**). Durch diese Vorschläge sei eine Reihe von Forderungen in den beiden Anträgen überholt. Der vorgelegte Änderungsantrag beinhalte eine bedeutende Reform des Wohngeldrechts, die auch bei den Menschen ankomme. Der Änderungsantrag berücksichtige auch die Heizkosten, wobei es aus Gründen des Klimaschutzes aber nicht angebracht sei, sie in vollem Umfang einzubeziehen. Soweit die in den Anträgen der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthaltenen Forderungen weiter gingen, liefen sie darauf hinaus, das Füllhorn zu öffnen, was keine seriöse Politik beinhalte.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die vorgesehenen Änderungen zum Wohngeldgesetz beinhalteten deutliche soziale Verbesserungen. Man sehe aber die Gefahr, dass der Trend, Arbeitslosengeld II vor dem Hintergrund der Belastungen durch die steigenden Kosten des Wohnens in Anspruch zu nehmen, durch die Reform nicht gestoppt werde. Eine gesamtschuldnerische Haftung der Haushaltsmitglieder halte sie für wichtig.

Die **Fraktion Die LINKE.** begrüße die vorgesehene Anhebung des Wohngeldes und die Berücksichtigung der Heizkosten. Bei der Bezugsgruppe der Hartz-IV-Empfänger würden die Kosten für das Wohnen aber im vollen Umfang ersetzt. Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD blieben mit ihren Änderungsvorschlägen zum Wohngeldgesetz auch hinter den Forderungen zurück, welche in der Anhörung des Ausschusses gestellt worden seien. Die Kosten des Wohnens stiegen ständig, so dass man sich schon in Kürze wieder über Nachbesserungen unterhalten werden müsse.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** forderte eine Gesamtstrategie gegen Erwerbsarmut. Dazu gehöre auch eine deutliche Verbesserung des Wohngeldes. Zwar werde der Regierungsentwurf zum Wohngeldgesetz durch den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD nachgebessert. Die Verbesserungen seien aber bei weitem noch nicht ausreichend.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/3351**.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/8053**.

Berlin, den 23. April 2008

Sören Bartol
Berichterstatter